

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 45 Pfg., in Altensteig 12 Mk. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile über deren Raum 50 Pfg., die Restzeile 1 Mk. 50 Pfg. Mindestbetrag eines Auftrags 3 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzögerung ist der Rabatt hinsichtlich.

Nr. 86.

Altensteig, Freitag den 15. April.

Jahrgang 1921.

Ministerpräsident Stegerwald über die Kabinettsbildung.

Berlin, 14. April.

Einem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus erklärte Ministerpräsident Stegerwald: Für die preussische Regierungsbildung bestehen in der Hauptsache 3 Möglichkeiten: zunächst eine Koalitionsregierung von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Diese ist aus inner- und außerpolitischen Gründen das Gebot der Stunde. Gegen eine Regierungsbildung auf dieser Grundlage wurden aber in den letzten Wochen so viele Schranken aufgerichtet, daß Stegerwald sie nicht in wenigen Tagen abbauen konnte. Die zweite Möglichkeit war die alte Koalition. Vom preussischen Standpunkt aus wäre sie rein parlamentarisch denkbar gewesen. Die Regierungsbildung in Preußen kann sich aber nicht völlig lösen von der Lage im Reich. Die Reichsregierung hat in den nächsten 14 Tagen im Hinblick auf die durch die Entente angekündigte Inkraftsetzung von Sanktionen einen Kampf auf Leben und Tod für das deutsche Volk zu führen. Auf den Koalitionsparteien des Reichstags laftet in der zweiten Hälfte des April eine ungeheure Verantwortung. In solcher Lage glaubte Stegerwald von moralischen Gründen absehen zu müssen. Er glaubte andererseits aber auch nicht, eine der Koalitionsparteien des Reichstags, die Deutsche Volkspartei, in Preußen gräßlich vor den Kopf stoßen zu sollen. Eine dritte Möglichkeit war die gleiche Minderheitskoalition wie im Reich, die in der gegenwärtigen Stunde, insbesondere aus innerpolitischen Gründen, nicht denkbar ist. Stegerwald verwies in diesem Zusammenhang auf das in der Schwere befindliche außerordentlich wichtige Ueberichtsabkommen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau und die Ausführung der Sanktionen. Bei dieser Sachlage ist es politisch nicht ratsam, die Sozialdemokratie vollständig außerhalb der politisch-parlamentarischen Verantwortung zu stellen. Die vierte Möglichkeit war die Bildung eines Geschäftsministeriums mit überwiegend politisch-parlamentarischen Einschlüssen. Für diesen Fall hat Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu stimmen brauche, aber auch nicht gegen sie stimmen dürfe, sondern weiße Zettel abgeben könnte. Dieses Ansuchen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Politisch unehrenhaft hat also Stegerwald der Deutschen Volkspartei gegenüber nicht gehandelt.

Zur Stunde bestehen noch drei Möglichkeiten für den Ausgleich: 1. die Parteien geben Stegerwald vollständig freie Hand und behindern ihre berufenen Minister nicht durch Fraktionsbeschlüsse an der Annahme der Ministerien. 2. Es wird ein Geschäftsministerium gebildet, das 2 Sozialdemokraten, je 1 Vertreter der Zentrums- und der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei umfaßt, während der Rest der Ministerien durch Beamte oder politisch nicht abgehängte Persönlichkeiten besetzt wird. Die Parteien werden an diese Regierung, die keine Koalitionsregierung ist, nur lose gebunden sein. Es könnte Postul mit wechselnden Mehrheiten gemacht, die Geschäfte einstweilen fortgeführt und das weitere der politischen Entwicklung der nächsten Zeit überlassen werden. 3. Es wird ein Ministerium des Zentrums und der Demokraten gebildet, für das sich dann eine wohlwollende Neutralität der beiden Nachbarparteien vorläßt und rechts ergeben ließe.

Die Deutschamerikaner.

Aus Kalifornien wird der „Edn. Bg.“ geschrieben:

Dem Präsidenten Wilson war es vorbehalten, die amerikanischen Bürger, denen deutsches Blut in den Adern fließt, als Auch-Amerikaner und Bürger zweiter Klasse zu bezeichnen. Wie konnte es der verlassene Präsident wagen, diese Beschimpfung und Erniedrigung gegen mehr als 40 Millionen seiner Mitbürger auszusprechen, gegen Männer und Frauen, deren Vorfahren Amerika zum größten Teil seine Erschließung und seine heutige Blüte verdankt? In Amerika herrscht, gering an Zahl, eine Minderheit von Männern, die englischer Abstammung

sind, und die den engherzigen englischen Puritanismus verkörpern. In ihren Händen liegt die gesamte politische Bureaucratie. Sie beeinflussen und überwachen die großen Zeitungen in der Mehrzahl. Sie haben ihre Männer in allen großen Banken und Eisenbahngesellschaften sitzen. Die Verbindung mit den gleichartigen Einrichtungen der englischen Inseln wurden während des Kriegs offenbar, als der nordatlantische Verkehrseinstieg. Die breiten Massen, zu denen die Amerikadeutschen zählen, sind dagegen durch die Jahrhunderte politisch dumm gehalten worden. Darum fallen 99 v. H. der Bevölkerung auf das jeweilige von der kleinen Herrscherguppe ausgegebene Schlagwort immer herein. Eigenes Denken gibt es in Amerika nicht. Hier herrscht die Massenpsyche. Diese wird von der englisch-amerikanischen Presse gemacht, und zwar mit einer Geschicklichkeit, um die man sie beneiden könnte.

Die Amerikadeutschen haben politisch im letzten halben Jahrhundert gar keine Rolle gespielt. Gerade der Weltkrieg, den ihnen Wilson so oft gemacht, daß sie „furchtbare Pläne“ gegen die Vereinigten Staaten als Straferwidrigkeiten hätten, ist am allerunbegreiflichsten. Die Männer, die deutsches Blut in den Adern haben, haben überhaupt nichts mit Politik befaßt. Sie stehen deshalb heute, wo sie sich nach der furchtbaren Erfahrung des Weltkriegs endlich darüber klar werden, daß es für sie eine Lebensfrage ist, an der Politik ihres Landes teilzunehmen, der ganzen Entwicklung hilflos gegenüber. Wann war jemals ein Duzend Deutscher politisch unter einer Hut zu bringen? Wann werden jemals die Deutschamerikaner, die sicherlich keinen Staat im Staate darstellen wollen, politisch ebenso eine Rolle spielen, wie es die Amerikaner englischer Abstammung tun? Wie es der Iren gegeben ist, wie es die europäischen Juden Amerikas verdrängen, und wie es wahrheitsgemäß sogar Italiener, Griechen, Polen und Balkanvölker in seiner Gruppe gelingen wird. Von dem vornehmsten Recht des Bürgers eines parlamentarischen Staats, der Nacht der Stimmzetteln, machten die Deutschen fast gar keinen Gebrauch. Sie lebten in ihren Vereinen, deren Gesamtzahl unjählbar ist. Von der neuen Entwicklung in Europa haben sie sich so wenig einen Begriff gemacht, daß sie der Revolution in allen der Union fassungslos gegenüberstanden. Sehr viele wünschden das Kaiserreich in der alten Heimat zurück und können die neuen Verhältnisse überhaupt nicht fassen. Der furchtbare Druck der nach wie vor auf fast allen Gemütern der Amerikadeutschen laftet, ist unsehbar erkennbar. Seine Hauptursache ist und bleibt der Mangel an positiven Nachrichten aus der alten Heimat. Die deutsch geschriebenen Zeitungen konnten während des Kriegs überhaupt nur an Leben bleiben, wenn sie die Wilson-Richtung unterstützten. Sie brachten keines Opfer unter der Annahme, daß Wilson sein Versprechen, nicht in den Krieg gegen Deutschland einzutreten, halten würde. Der Wortbruch Wilsons die Gewissensnot derer, die Brüder gegen Brüder kämpften, schuf den Zwiespalt, aus dem die deutsch geschriebene Presse Amerikas sich bis heute noch nicht zu lösen vermocht hat. Daher fehlt ihren Ausführungen auch noch die Ueberzeugungskraft. Das Deutschamerikanertum ist geschlossen für Harding eingetreten. Das war seit langem das erste Mal, daß eine gewisse Einigkeit der Amerikadeutschen zu verzeichnen war. Noch war es nicht eine Idee, für die sie gemeinsam suchten, es war nur die bewußte Abjage an Wilson. Noch haben die Millionen keinen Führer hervorzubringen vermocht. Ehe dieser Mann, der nur ein geborener Amerikaner von Willensstärke, Reinheit des Charakters und des Lebenswandels, von Klarheit und Idealismus sein kann, nicht in die Erscheinung tritt, eher kann die Welt und mit ihr Deutschland nicht daran glauben, daß das in sich tausendfach zerrissene Deutschamerikanertum die in seiner Zahl ruhende Macht auch benutzen wird. Die alte Heimat wird sich niemals in die innerpolitischen Angelegenheiten Amerikas einmischen. Sie wird ebensowenig dem Amerikadeutschtum Ratsschlüsse geben wollen. Was sie aber sicherlich wünscht, ist, daß diese Amerikaner deutscher Abstammung sich als ein moralischer Faktor in der kommenden Weltpolitik aufrichten.

In einem sind heute die vielen Tausende von deutschen Vereinen einig, das ist die materielle Hilfe für die alte Heimat. Man kann den Wert der Sendungen auf Hunderte von Millionen Dollar schätzen. Hier ist die natürliche Grundlage, um die alten Beziehungen wieder

neu anzuknüpfen. Die Komitees, Gesellschaften, Banken, Vereine ebenso wie der einzelne Wohltäter in Amerika haben da eine große moralische Aufgabe vor sich. Die Gelegenheit kommt nie wieder. Bestimmte Grundlagen sind da. Die Wohltätigkeit wird naturgemäß eines Tages aufhören, die Organisation könnte aber bleiben. Es gilt sie auszubauen; gelingt das, so wird das Amerikadeutschertum mit seiner durchaus friedlichen Tendenz ein Eckstein des Weltfriedens werden.

Neues vom Tage.

Koalitionsschwierigkeiten.

Berlin, 14. April. Die Schwierigkeiten in der Bildung des preussischen Kabinetts haben sich noch nicht beheben lassen, wenn auch nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen den Parteien nicht geglaubt werden kann, daß sie überhaupt scheitern werden und daß Ministerpräsident Stegerwald den Auftrag den Landtag zurückgeben werde. Der „Berl. Volksanz.“ und die „Tägl. Rundschau“ schreiben die Schuld den abgeordneten Scheidemann und Erzberger zu, die angeblich verhindern wollen, daß die Deutsche Volkspartei in die Koalition der Regierungsparteien aufgenommen werde, vielmehr solle die Koalition nur aus den drei alten Regierungsparteien Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie gebildet werden, was zur Folge haben würde, daß auch die derzeitige Koalition im Reichstag (Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratie) gesprengt würde. Scheidemann und Erzberger seien auch dafür, daß das Pariser Abkommen über die Kriegsschadensfrage bedingungslos angenommen werde.

Die Vermittlung in der Entschädigungsfrage.

Berlin, 14. April. Wie die „Germania“ erfährt, herrschte in den Beratungen des Reichskabinetts die Auffassung vor, daß die von neutraler Seite angeregte Vermittlung des Präsidenten Harding in der Entschädigungsfrage nicht zurückgewiesen werden dürfte. Auch ein internationales Schiedsgericht soll in Frage kommen. In dem neuen Vorschlag würde eine bestimmte Entschädigungssumme zu nennen sein.

Schlechte Rechnung.

Berlin, 14. April. Wie die „Tägl. Rundschau“ meldet, berichtet die Londoner „Morning Post“ aus Paris, die Wiederherstellungskommission in Paris sei nicht wenig erstaunt, daß endlich beim Nachrechnen der Entschädigungsvorschläge des Dr. Simons auf der Londoner Konferenz gefunden worden sei, daß Simons noch mehr angeboten habe, als von der Pariser Konferenz verlangt wurde. Diese Tatsache war, wie „United Press“ von einem führenden englischen Politiker erfährt, in eingeweihten Kreisen Londons schon einige Zeit bekannt. (1) Die Pariser Konferenz verlangte nämlich innerhalb 5 Jahren Zahlungen in Höhe von Goldmark, wogegen das deutsche Angebot auf den ersten Anschein weniger enthielt, nämlich 15 Milliarden als sofortige Zahlung, in Wirklichkeit ging es über die französische Forderung noch hinaus. Die deutschen Vertreter seien sich über die Tragweite ihres Angebots anfangs selbst nicht im Klaren gewesen, noch weniger allerdings die Sachverständigen des Verbands; nach längerer Prüfung habe man erst die tatsächliche Summe des deutschen Angebots errechnet. Die Londoner Konferenz sei aber mit der Ablehnung schon fertig gewesen, ehe das Angebot geprüft war. Jetzt würde eine wirklich geschickte Darlegung irgend eines deutschen Angebots in England „keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten“ begegnen. So meint der führende englische Politiker.

Die Einwohnerwehr in Bayern.

München, 14. April. Im Finanzausschuß des Landtags teilte Staatssekretär Dr. Schwene mit, die Einwohnerwehr habe gegenwärtig eine Stärke von 320 000 Mann; sie besitze 240 000 Gewehre und Karabiner, 278 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 34 leichte Minenwerfer. Die Leute leisten den Dienst unentgeltlich. Unter den Führern befindet sich nur ein Zehntel ehemalige Offiziere. So wie die Dinge heute liegen, würde die Regierung durch Preisgabe des Selbstschutzes eine große Verantwortung auf sich laden. Mit Ausnahme des sozialdemokratischen Vertreters sprachen sich sämtliche Parteien für die vorläufige Beibehaltung der Einwohnerwehren aus.

Neues Reichsnotopier?

Berlin, 14. April. Ein Gerücht will wissen, in England begünstige man einen Plan (weisen? D. Schr.) daß die deutsche Reichsregierung eine 40prozentige Abgabe vom deutschen Privatkapitalbesitz erheben solle, wovon man einen Ertrag von 180 Milliarden (?) erwarte. Die Hälfte des Ertrags solle dem Verband, die andere Hälfte dem Reichsschatz zufallen. Wenn Deutschland diesen Plan ausführe, so würden dem Ausschub gewisser anderer Vertragsverpflichtungen (Entwaffnung und Aburteilung der „Kriegsschuldigen“) von englischer Seite keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Die Entschädigungsforderung, die am 1. Mai von der Wiederherstellungskommission an Deutschland übergeben wird, wird nach der „Basler Nationalztg.“ höher sein als die Forderung der Pariser Konferenz vom 29. Januar. Das Blatt weist darauf hin, daß Frankreich, wie der letzten Kammerrede Briand's zu entnehmen sei, zwischen die Zustimmung der übrigen Verbandsmitglieder zu seinem beabsichtigten militärischen Vorgehen nach dem 1. Mai erlangt zu haben scheint.

Paris, 14. April. Die Vertinax im „Echo de Paris“ mitteilt, wird der Betrag, den die Wiederherstellungskommission in einigen Tagen über die Gesamtverpflichtung Deutschlands festsetzen wird, zwischen 13 und 150 Milliarden Goldmark schwanken.

Gegen weltliche Schulen.

Köln, 14. April. Der Erzbischof von Köln veröffentlicht im „Kirchlichen Anzeiger“ der Erzdiözese eine Kundgebung gegen die Einrichtung weltlicher Schulen.

Sozialisierung der Bäckereien in Spanien?

Madrid, 14. April. Im Senat kündigte der Handelsminister an, in Madrid werde ein Versuch mit der Sozialisierung der Bäckereien gemacht werden. Die Bäckereien würden enteignet werden.

Französische Kriegsvorbereitungen 1914.

München, 14. April. Der bekannte Oberst von Kypfaunder weist in der „München-Augsburger Abendzeitung“ darauf hin, daß ihm von zuverlässiger Seite Nachrichten zugegangen seien, nach denen zu Beginn des Jahres 1914 große Geldsendungen aus Frankreich nach dem Balkan gingen. Ebenso sei ein Transport von 5 Millionen Franken in Goldmünzen und Silberbarren von Paris im Februar an das militärische Arsenal in Niš (Serbien) abgefertigt worden. Er bittet um Aufschlüsse über etwaige anderwärts gemachte gleichartige Beobachtungen, die geeignet sein könnten, die Frage nach der Schuld am Krieg auch nach dieser Richtung anzuklären.

Ausförrung.

Dresden, 14. April. Nach längeren erfolglosen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern der Dresdener Zigarettenindustrie wegen Lohnsteigerungen sind 13 000 Arbeiter ausgeförrt worden.

Verhandlung in der Uebersehichtenfrage.

Essen, 14. April. In der gestrigen Versammlung der Vertreter des Zechenverbands und der Bergarbeiterverbände wurden in der Uebersehichten- und Lohnfrage die Grundlagen zu einer Verständigung gefunden. Ueber einige strittige Punkte wird in den nächsten Tagen noch verhandelt werden.

Kohlenüberfluß in Belgien.

Brüssel, 14. April. Ein Teil der Kohlenflotte über die ungeheuren Mengen deutscher Steinkohle, die nach Belgien kommen. Es werden zwei- bis dreimal so viel Kohlen gefaßt, als man weiterbringen kann. In allen Häfen liegen große Rheinschiffe mit unverkäuflicher Kohle.

Gelöste Ketten.

Roman von Hedwig Nicolay.

(5) (Nachdruck verboten.)

„Sollten irgend welche geschäftliche Regulierungen nötig sein,“ bemerkte er etwas schief, „so machen wir das wohl später einmal unter vier Augen ab.“ Es war ihm wie eben jedermann genau bekannt, daß der Baron sich in finanzieller Decourte befand.

„Reizte, liebe Gitta,“ wandte er sich bittend an diese, die beschämt zur Seite stand, und drückte ihr innig die Hand. Er empfand das Betragen ihres Vaters mit eben der tiefen Enttäuschung wie sie selber, und sein Fortgeht verbot ihm, aus Mitleid für sie, jedes weitere Wort in dieser Angelegenheit. Zum Baron gewendet fuhr er zurückhaltend und in kühlem Tone fort:

„Für jetzt würden Sie mich zu Dank verpflichten, Herr von Lislar, wenn Sie Ihre Einwilligung zu unserer Verbindung geben würden, damit ich meine Braut auf einige Zeit zu meiner Mutter bringen kann. Sie kennt und billigt meine Wahl und steht sich danach, ihre neue Tochter in die Arme zu schließen.“

So schnell, wie Graf Ulrich wünschte, kam sein Schwiegervater in spe aber durchaus nicht mit sich ins Reine. Erstens bereitete es ihm ein teuflisches Vergnügen, den so sicher und weltgewandt auftretenden jungen Herrn, dessen vornehme Mäntel ihm allerdings imponierten, noch eine angemessene Weile in der Ungewißheit zappeln zu lassen, und dann postete ihm dessen Vorschlag inbezug seiner Mutter ganz und gar nicht. Er überlegte beim Hin- und Hergehen, marmelte abgedruckene Sätze vor sich hin, und als aus diesen Schlagworten, wie „Stolge seines Alters verlieren“ und „nicht trennen können“, deutlich hervortrang, da schlang seine kalte, stolze Tochter, wie mit ihren eisigen Blicken selbst Vetter Arnold vor sich her, schaute, wie den Hund vor der Peitsche, ihre Arme leidenschaftlich um Ulrich's Hals, küßte ihn auf den Mund und sagte innig:

„Lieber, bester Mann, wie gut Du bist! Ich folge Dir gern und willig, wohin Du mich auch immer führen magst!“

Matrosenstreik in Norwegen.

Christiania, 14. April. „Sozialdemokraten“ mit: Da die dem Reederverband angehörenden Reeder eine allgemeine Lohnherabsetzung ins Werk gesetzt haben, hat der Matrosen- und Heizerverband beschlossen, daß alle Mannschaften von Bord zu gehen haben. Darauf haben die Mannschaften der zur Abfahrt bereitliegenden Schiffe diese verlassen. Die Mannschaften der unterwegs befindlichen Schiffe werden nach ihrer Ankunft im Hafen die Schiffe verlassen. Die Küstenschiffahrt wird von dem Streik nicht betroffen. Die herabgesetzten Löhne liegen 30-40 Kronen unter den vom Schiedsgericht vorgeschlagenen Lohnsätzen.

Erste Lage in England.

London, 14. April. Lloyd George er... im Unterhaus, der Ernst der Lage nehme dauernd zu, er hoffe jedoch, daß die Maßigung die Oberhand behalten werde. Die Regierung habe alle Maßnahmen getroffen um die Arbeitslosen zu schämen. Die Mehrheit der Seeleute hat den Streik abgelehnt. Heute findet eine Konferenz der Vertreter aller Verbände statt, die dem allgemeinen Arbeiterbund angeschlossen sind und die etwa 1 1/2 Millionen Mitglieder in 100 Industrien (nicht Arbeiterdreibund) umfassen.

Brussa eingeschlossen.

Paris, 14. April. Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel ist dort die Nachricht eingetroffen, daß die Stadt Brussa von den türkischen Streitkräften fast vollkommen eingeschlossen.

Die Londoner Zeitungen melden, die griechische Kammer habe die Verhängung des Belagerungszustands beschlossen.

London, 14. April. Lloyd George hat in einem Schreiben an die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter um Mitteilung der Gründe gebeten, aus denen sie eine Entscheidung getroffen hätten, die ihren eigenen Landsleuten einen so schweren Schaden zufüge.

„Daily Chronicle“ zufolge haben auch die Straßenbahnführer beschlossen, in den Ausstand zu treten. 45 Tonnen deutscher Spielwaren sind heute von Hamburg in Swansea eingetroffen.

Paris, 14. April. Nach einer Meldung aus Washington, die „Devere“ verbreitet, besteht die Revolution nur aus einer einfachen Erklärung des Friedenszustands. Alles andere sei gerichtet worden.

Paris, 14. April. Der Berichterstatter Lazzarini meldet dem „Matin“ aus Rußland, die Entscheidung Krog werde vom Senat angenommen, vielleicht mit einem Zusatz. Der Regierung falle dann die Aufgabe zu, den Friedensvertrag mit Deutschland zu regeln und darüber zu verhandeln. Man werde sich bemühen, Teile des Bernauer Vertrags aufrecht zu erhalten, die den Wünschen Amerikas entsprechen, andere aber beiseite zu lassen, so namentlich die Klauseln über das internationale Arbeitsamt, über Schantung, alle Grenzfestsetzungen in Mitteleuropa, alle Klauseln über Danzig und das Saargebiet und alle Klauseln über den Völkerbund. Vielleicht werden die Bestimmungen über die Entschädigung bestehen bleiben.

Paris, 14. April. „Chicago Tribune“ meldet, es werde halbamtlich angekündigt, daß die verbündeten Regierungen die Ver. Staaten zur Teilnahme an der Konferenz in Porto Roca einzuladen beabsichtigen. Nach Habas hat Senatsrat Borah eine Entscheidung eingebracht, durch die der Präsident ermächtigt wird, Verhandlungen mit England und Japan über die Herabsetzung der Zölle zu führen.

Paris, 14. April. „Chicago Tribune“ meldet, es werde halbamtlich angekündigt, daß die verbündeten Regierungen die Ver. Staaten zur Teilnahme an der Konferenz in Porto Roca einzuladen beabsichtigen.

Nach Habas hat Senatsrat Borah eine Entscheidung eingebracht, durch die der Präsident ermächtigt wird, Verhandlungen mit England und Japan über die Herabsetzung der Zölle zu führen.

Der Hofzug in Doorn eingetroffen.

Amsterdam, 14. April. „Algemeen Handelsblad“ meldet: Die Abfahrt des Reichszugs von Doorn wird unter Glockengeläute erfolgen. Heute vormittag kamen in Zevenaar drei Wagen des früheren kaiserlichen Hofzugs an, um die Leiche der Kaiserin abzuholen. Einig deutsche Beamte begleiteten die Wagen, von denen der eine als Leichenwagen eingerichtet worden ist, mit einem einfaches Schmuck von Tannengrün. Die beiden anderen Wagen werden zur Beförderung der Begleiter dienen.

Madrid, 14. April. Der sozialistische Parteitag schloß mit 8008 gegen 6025 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale ab.

Landtag.

Stuttgart, 14. April.

(75. Sitzung.) Präsident Walter eröffnet die Sitzung. An Stelle des zurückgetretenen Abg. Farny (Z.) soll Ehard Walber in das Haus eintreten. Die Wahlprüfung wird dem Reklamationsausschuß überwiesen.

Ein Schreiben des Staatsministeriums gibt die Zurückziehung des Gesuchs über den Aufwand des Landestheaters bekannt. In die Angelegenheit mit dem Etat erledigt wurde; über weitere Schreiben betreffen die Strafverfolgung des Abg. Müller (Komm.) wegen Aufforderung zum Aufbruch und anderer Vergehen.

Zunächst kommen drei Kleine Anfragen zur Behandlung. Staatsrat Rau beantwortet die Anfrage des Abg. Welschgen und Gen. (S.P.): Auf Grund der Reichsgetreideordnung in die Erste 1920 hat die Landesstelle die Benutzung von Schrotmühlen zur Verarbeitung von Getreide, Mais und Hülsenfrüchten verboten. Von dem grundsätzlichen Verbot ist eine Ausnahme zu Gunsten der Herstellung von Futterfutur gemacht. Solange das Getreide öffentlich bewirtschaftet wird, kann auf die einschneidenden Bestimmungen nicht verzichtet werden. Die Landesgetreidestelle wird jedoch in Gemeinden, die der Lieferungspflicht ausgesetzt haben, denjenigen Landwirten, die ihrerseits ihre Mähterpflicht erfüllt haben, ihre Schrotmühlen zur Herstellung von Futterfutur ganz frei geben, in den übrigen Gemeinden kann solchen Landwirten weitgehendes Entgegenkommen gewährt werden.

Finanzminister Lehning antwortet auf die Kleine Anfrage des Abg. Wilder und Baumgärtner (S.P.): Von der Eisenbahn-Generaldirektion ist die Jura-Deichschlepperwerke A.-G. neben anderen Unternehmen veranlaßt worden, ein Angebot auf Übernahme der bei den Eisenbahnen ihres Direktionsbezirks anfallenden Schäden zum Zweck der Genüßung der darin enthaltenen Kohlen und der angemessenen Verwertung der Restschlacke einzureichen. Die Jura-Deichschlepperwerke A.-G. hat hierauf ein Angebot eingebracht, eine Entscheidung der Eisenbahndirektion abzugeben bis jetzt noch nicht erfolgt. Trotz des Umstands, daß der Staat an der Jura-Deichschlepperwerke A.-G. wesentlich beteiligt ist, wird dieser Gesellschaft das Recht zugestanden werden müssen, ihre Interessen frei und unabhängig wahrzunehmen. Da Jura will in erster Linie die in den Schlacken enthaltene Kohle wiedergewinnen und zunächst die Restschlacke an den Anfallorten an Interessenten abgeben und zwar zu Preisen, die nicht höher sind, als diejenigen, die sie an die Eisenbahndirektion zu bezahlen hat. Zu einem Einschreiten der Regierung liegt kein Anlaß vor.

Minister Graf erwiderte auf die Kleine Anfrage des Abg. Müller (S.): Die Organisation einer Landesstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus erscheint mir zu weitläufig und kostspielig. Vorausgesetzt würden allein die Personalkosten für die Landesstelle etwa den vierten Teil der bisher zur Bekämpfung bedingten Mittel verschlingen. Ich muß mir deshalb eine der sachlichen Aufgaben mehr berücksichtigende Organisation vorbehalten.

Aus Stadt und Land.

Mittensteig, 15. April 1921.

Die Wohnungsnot. Die Wohnungsnot wird jedem begreiflich, wenn er folgende Zahlen vernimmt: In den Jahren vor dem Krieg wurden in einer bestimmten Anzahl größerer deutscher Städte zusammen jährlich etwa 16 000 Wohnungen neu erstellt, 1915 dagegen nur noch 6363, 1918 noch 1964 und 1919 noch 5078.

Als dann Ulrich Bürgermeister im Dämmerlicht, der sich wie leichte durchdringende Nebelschleier über die Fluren senkte, unter Klaffen von seiner Braut Abschied nahm und dabei ein vorheriges Gespräch fortsetzend zu ihr sagte:

„Wie stolz wird Mama sein, ihren alten Schmuck über dieser weißen Stirn glänzen zu sehen?“

Da mußte Baron Jobst zu seinem tiefsten Schmerz vernehmen, daß seine Tochter — war es denkbar, sein Fleisch und Blut — ohne Berechnung antwortete:

„Rein Ulrich, der Schmuck gehört Billi. Gib mir nicht, ich will kein anderes Geschenk als Deine Liebe! Und mein eigener Schmuck soll Dein Ring sein, der mich in alle Ewigkeit an Dich fettert!“

„Das war nun die Erziehung, welche dem Mädchen im Pastorhause zu Teil geworden,“ räsonierte der Alte. „Unnatürlich für das Leben hatten sie sie gemacht!“

3. Kapitel.

Der für die beiden jungen Menschen ereignisreiche Tag war vorüber. Ueber Nacht war unter Sturmestoben und Regengüssen ein schweres Gewitter herniedergegangen, glücklicherweise ohne irgend welchen Schaden anzurichten. Nur die alte Gieße, die ihre Arme seit Jahrhunderten schützend über das Geschlecht der Lislar dreieite, deren stolze Krons Gittas Lieblingsplatz oberhalb des Parkes beschattete, hatte der Witz vom Wipfel bis zur Wurzel geborsten und wie ein dürres Reis geknickt. Sie lag, einem toten Menschen gleich, quer über dem Fahrweg, der in den Hof mündete und sperrte zum großen Kerger des Outherrn Hundenslang allen Verkehr der Fuhrwerke, die heute gerade mit dem Einfahren des Romvegans — er war schon größtenteils auf dem Palm verlaufen — beginnen sollten. Die Sonne lachte neu verjüngt vom blauen Himmel herab, süßer Odem füllte die Luft und die Vögel zwitscherten fröhlich.

Aber von alledem empfand Baron von Lislar kein Spur. Er lief, soweit es seine Roba gra gestattete, aufgeregt im Hause herum, und schon in aller Dergottstraße war ein Vogelwetter von Fischen über seine ungeschulden Untergebenen herniedergeprasselt, Fische, die an Keimhaftigkeit nichts zu wünschen übrig ließen, die aber trotz allem nicht die Länge und Gewichtigkeit desjenigen erreichten, den sein Neffe Arnold von Schwollau ihm, auf die Eröffnung der Vorgänge vom Taat avort, entseufschleuderte.

Fortsetzung folgt.

Letzte Nachrichten.

Freiburg i. B., 14. April. Der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Generalmajor a. D. Theodor v. Deutwils, ist in der vergangenen Nacht im 73. Lebensjahr in Freiburg, wo er seit 2 Jahren wohnte, gestorben.

London, 14. April. (Reuter.) Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß kein Abkommen mit Frankreich getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen sollte.

London, 15. April. Nachdem wie bereits gemeldet, Lloyd George im Unterhaus erklärt hatte, es sei keinerlei Abkommen mit Frankreich getroffen worden mit Bezug auf die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, falls Deutschland am 1. Mai seiner Reparationsverpflichtung nicht nachkomme, wurde die weitere Frage an Lloyd George gerichtet, ob er versichern könne, daß keine weitere Besetzung irgend eines Teiles Deutschlands stattfinden werde, bevor das Unterhaus befragt worden sei. Auf diese Frage wurde keine Antwort erteilt.

Wien, 14. April. Der französische Gesandte Desobry-Pontalis gab heute beim Bundeskanzler Dr. Ruge im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtig auf den Anstoß an das Deutsche Reich hingzielenden Antriebe wirksamlos zu machen, so würde die französische Regierung die Disposition für Oesterreich einstellen und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis vollständig wieder hergestellt werden. — Die Vertreter der englischen und italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung an.

Berlin, 15. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Wien meldet, kam es dort zu großen Demonstrationen, als die französische Note gegen den Anstoß an Deutschland durch Ergussausgaben der Zeitungen bekannt wurde. Eine noch zahlende zählende Menschenmenge versammelte sich vor dem Landeshaus. Namens der Landesversammlung forderte Abg. Dr. Steibler die Versammlung auf, vor der Drohung der Entente nicht zurückzuweichen. Die Zeitungen veröffentlichten Aufzüge mit der Überschrift: „Es obd kein Zurück!“

Hindenburg, 14. April. Seit Mittag wütet in den fürstlich Donnerwaldschen und den fürstlichen Forsten zwischen Hindenburg und Maloschau ein großer Waldbrand, der bei dem herrschenden Südwestwind einen solchen Umfang annahm, daß große unübersehbare Waldbestände dem Brand zum Opfer gefallen sind.

Saarbrücken, 14. April. Auf Anordnung der französischen Grubenverwaltung wird am 16. und 18. April auf den Saargruben der Betrieb ruhen. Es ist das in diesem Jahr die 13. bezw. 14. Feiertage auf den Saargruben.

Wien, 14. April. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist mit der Möglichkeit einer neuen Regierungskrise zu rechnen, falls in der morgigen Plenarsitzung das Gesetz betreffend die Landesverweisung, das sogenannte Habsburger-Gesetz angenommen wird. Die Christlichsozialen hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich bei ihnen mit der Ablehnung des Gesetzes um eine prinzipielle Sache handle und daß sich eine christlichsoziale Regierung niemals dazu hergeben könne, ein Gesetz zu unterzeichnen, das als Trennungsgesetz nicht die Zustimmung der Partei finde. Es bestehe daher der feste Entschluß in der christlichsozialen Partei, im Falle der Annahme des Gesetzes ihre Mitglieder aus der Regierung abzuberufen.

Duisburg, 14. April. Heute Nachmittag verhaftete die französische Besatzungsbehörde den ersten Beigeordneten, Regierungsrat Dr. Raitwig und den Polizeinspektor Klein auf Angabe von Gründen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgefängnis abgeführt.

London, 14. April. (Reuter.) Das Land ist nunmehr allwärts darauf vorbereitet, den Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter morgen Abend ausbrechen zu sehen. Aufserhalb besteht keine Hoffnung, daß ein Übereinkommen erzielt wird, da die Haltung der Bergarbeiter und Grubenbesitzer unverändert ist.

Washington, 15. April. (Reuter.) Der Text der französischen Note über die Yap-Frage ist gestern hier veröffentlicht worden. Die Erwiderung Frankreichs wird als gleichbedeutend mit einer Annahme des von der amerikanischen Regierung aufgestellten Grundgesetzes betrachtet.

Prag, 15. April. (Nachschuß des Abgeordnetenhaus für auswärtige Angelegenheiten.) Ein Antrag des Abgeordneten Kiska, den Minister aufzufordern, die Zusage an den Sanftmutes abzulehnen, wurde mit 12 gegen 7 Stimmen der Deutschen und Kommunisten abgelehnt.

Berlin, 15. April. Das Berl. Tageblatt meldet aus Halle: Nach den Feststellungen im Obertribunal der Provinz Sachsen betonen die Schäden an Gebäuden, Material und Bargelei während des Aufruhrs in der Provinz Sachsen über neun Milliarden Mark.

Berlin, 15. April. Das Reichskabinett beschloß sich gestern Abend erneut mit der Wiederherstellungsfrage. Die Beratungen waren streng vertraulich.

Madrid, 14. April. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erl. d. der anlässlich des Ablebens der deutschen Kaiserin eine 21 tägige Hoftrauer verkündet.

Wintwählliches Wetter.

Flache Luftverhältnisse breiten sich über Süddeutschland aus. Am Samstag und Sonntag ist vielfach gewittriges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Riederischen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Stuttgart, 14. April. (Milkpreise.) Das Milch Nachrichtenamt teilt mit: Die zuständige gemeinde-rällige Abteilung hat für die Abgabe von Milch an die Verbraucher mit Wirkung vom 16. April 1921 ab folgende Höchstpreise für den Kleinverkauf festgesetzt: Vollmilch 1 Liter 2.25 Mk., ¼ Liter 1.70 Mk., ½ Liter 1.15 Mk., ¾ Liter 60 Pfg.; Magermilch 1 Liter 1.15 Mk., ¼ Liter 60 Pfg., ½ Liter 30 Pfg.; Kindermilch in Flaschen die Flasche 2.50 Mk., Rinderbrennweite (Zwischenmilch zu dem für gewöhnliche Vollmilch geltenden Höchstpreis von 2.25 Mk.). Die obigen Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Das Passionspiel von Dr. Hermann Dimmler, das im vorigen Sommer mit großem Erfolg auf der Freilichtbühne in München in Szene ging, wird auf Veranlassung des Bühnenvolksbundes vom Freitag den 22. April an im hiesigen Sieglehaus zur Ausführung kommen.

Falsches Gerücht. In Stadt und Land geht das Gerücht, daß eine größere Anzahl Konfirmandinnen in Stuttgart wegen Schwangerschaft von der Konfirmation haben zurückgewiesen werden müssen. Das Evang. Stadtkonfirmandenamt erklärt, daß in seinem Bereich kein einziger solcher Fall vorlag.

Waihingen a. G., 14. April. (Das Enzwasser vergiftet.) Seit Dienstag mittag treten im hiesigen Enzwasser Vergiftungserscheinungen auf. Zentnerweise wurden bei der Walzenmühle Fische herausgeholt, die Anzeichen der Vergiftung zeigten. Eine größere Anzahl Fische war auch bereits verendet. Der Schaden ist sehr groß. Auch in den Kalkofen Röhrenhäusern sind 6-8 Zentner große Fische der Vergiftung zum Opfer gefallen. Man vermutet, daß oberhalb der Landesgrenze die Vergiftung ihren Ursprung genommen hat. Anscheinend handelt es sich um Teeröl aus einer Fabrik, das sich in den Abflussorganen der Fische festsetzt. Der Stadtschultheiß hat eine Probe des vergifteten Wassers entnommen und einem Gerichtschemiker zur Untersuchung zugesandt.

Waldfec, 14. April. (Blitzschlag.) Am Mittwoch nachmittag zog ein starkes Gewitter über unsere Gegend und brachte den erlittenen Regen. Ein Blitzschlag fuhr in das Deponiergebäude des Gottlob Feuerle in Girsau, Gde. Bergschneide, und zündete. Das Anwesen brannte nieder. Eine Kuh wurde vom Blitz getötet. Fahrnis und Futtermittel verbrannten. Der Abgebrannte ist augenblicklich verstorben.

Nabensburg, 14. April. (Verhaftung.) Letzten Freitag wurde der Neulohnmüller Mathiesen, Abt. Lebensmittelskontrolleur, im Rathaus wegen Beihilfe zum Hochverrat und Anreizung zum Klassenhaß verhaftet.

Sunthausen, 14. April. Am Samstag wurde der Kassenhahn unter den Trümmern des Rathauses abgegraben. Bücher und Papiere waren unversehrt. — Der Gesamtvorstand des Bad. Landwirtschaftl. Vereins hat für die Brandgeschädigten in Sunthausen als erste Hilfe 5000 Mark bewilligt. Aus der Gemeinde Lannheim sind 6000 Mark für Sunthausen gebendet worden, die Schwarzwälder Uhrindustrie hat 1000 Mark gegeben, die Ortsgruppe Donauauesch in den des Badischen Einzelhandels rund 3000 Mark.

vermischtes.

ep. Die Frau im kirchlichen Amt. Die Synode des Kantons Zürich hat die Zulassung der Frauen zum ep. Pfarramt beschlossen mit der einzigen Einschränkung, daß solche, die als verheiratet, vom Amt zurücktreten haben.

ep. Spararbeit? Nach der Deutschen medizinischen Wochenzeitung werden jetzt in Deutschland jährlich 8 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben. 1914 wurden 6 Millionen, 1919 10 Millionen Flaschen Sekt getrunken.

Verkehrsbehinderung in Berlin. Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats wird infolge der fortgeschrittenen Sicherung fast sämtlicher Verkehrsmittel ein Verkehrsstillstand eintreten und zwar nicht das Großbrod 3 Mark, die Schokolade 15 Pfennig und aus 1000 Gramm-Kranenbrot 3 Mark kosten.

Ein über Streik Abends. In Rudolstadt sollte dieses Tage ein junges Brautpaar getraut werden. Die Hochzeitsgesellschaft war schon in der Kirche versammelt, da kam die Nachricht, daß Abends dem Paar als Hochzeitsgabe zwei framme Zwillingsschneidmesser in die Wiege gelegt habe. Die Trauung mußte bis auf weiteres verschoben werden.

Die deutsche Ausfuhr vor und nach dem Krieg. Im Jahr 1913 stand Deutschland als Ausfuhrland an dritter Stelle in der Welt. Die Warenausfuhr Englands betrug damals 10.7 Milliarden Goldmark, die der Vereinigten Staaten 10.4 Milliarden, die Deutschlands 10.1 Milliarden und die Frankreichs 5.5 Milliarden. Im Jahr 1920 hat sich das Bild wesentlich geändert. Vom 1. Januar bis 1. Oktober 1920 (die Zahlen für das letzte Vierteljahr 1920 liegen noch nicht vor) hatten die Vereinigten Staaten eine Warenausfuhr von 25.5 Milliarden Goldmark, England 17.4 Milliarden, Frankreich 5.4 Milliarden und Deutschland 2 Milliarden. Deutschland ist also auf die sechste oder siebente Stelle herabgedrückt worden, da Japan, Südamerika, Australien und Kanada wahrscheinlich ebenfalls höhere Ausfuhrsummen haben als Deutschland.

Englische Banknotenumschmelzer. Die Polizeidirektion Wien ist einem großen Gold- und Silberschmelzer auf die Spur gekommen. Es gelang 18 Kilogramm Gold und 20½ Millionen in schmelzenden österreichischen Tausendkronebanknoten zu beschlagnahmen. Als Täter wurden festgenommen der englische Soldat John Robertson, eine gewisse Mrs. Alice Berlin, der polnische Bauernmann und der angebliche Quisling Herr Henri Charles Rappard. Hauptangehörer war der Korrespondent des „Manchester Guardian“ William Czerwik.

Wahlfreiheit. Als Napoleon Anfangs Mai 1802 zum Kaiser auf Lebenszeit gewählt werden sollte und damit sich zum Herrscher über Frankreich aufschwangen wollte, ließ er seine Generale, St. Maurice, seine Truppen antreten und hielt ihnen folgende Rede: „Kameraden! Der General Bonaparte soll zum lebenslänglichen Kaiser gewählt werden. Ihr könnt euch dabei entscheiden wie ihr wollt, denn die Meinungen müssen frei sein. Um alles in der Welt möchte ich keinen Einfluß auf eure Stimmen ausüben. Doch mache ich hierdurch feierlich bekannt, daß, wer eine von euch, der Bonaparte nicht wählt, vor der Front meines Heeres erschossen wird.“

* Besondere wurden die Eisenbahnassistenten, lit. Betriebssekretäre Ciel in Dornstetten zum Betriebssekretär in Freudenstadt Hauptbahnhof, Sackmann in Freudenstadt Hauptbahnhof zum Betriebssekretär daselbst, Hauser in Nagold zum Betriebssekretär daselbst.

Kriegerwitwen. Nach dem Reichsversorgungsgesetz 20 sind Kriegerwitwen, die eine erhöhte Witwenrente beanspruchen, auf Erwerbsunfähigkeit ärztlich zu untersuchen. Auch auf weibliche Kriegeschädigte, die Rente beanspruchen und Personen die Elternrente beziehen oder beantragen, trifft dies zu. Als Untersuchungsstage und -zeiten für solche Kriegerwitwen und weibliche Kriegeschädigte werden der 1. und 3. Montag jeden Monats von 1/2-4 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Untersuchungen finden in den ärztlichen Untersuchungsämtern des Versorgungsamtes Calw statt.

* **Gaben für die Kirchenglocke.** Die neue Kirchenglocke der hiesigen Kirche (Lutherglocke), welche demnächst am kommenden Sonntag ihrer Bestimmung übergeben wird, kommt nach Abzug des Metallwerts der alten Glocke auf rund 5000 Mk. zu stehen. Eingegangen sind bis jetzt aber nur insgesamt 2400 Mk., also nicht einmal die Hälfte des Kostendetrags! Es sollte in Allensteig wohl nicht schwerfallen, den Kostendetrags vollends aus freiwilligen Mitteln zusammenzubringen, wie dies bei Kirchenglocken üblich und hier besonders notwendig ist, da die hiesige Kirchenpflege ihre finanzielle Aufgabe neben der Deckung der laufenden Ausgaben hauptsächlich in der Tilgung der Gemeindehaushaltschuld erfüllen muß. Das Opfer am kommenden Sonntagsgottesdienst ist für die neue Kirchenglocke bestimmt. Es wäre erntlich, wenn dies so reichlich ausfallen würde und wenn sich auch größere Stiftungen finden würden, damit die Kosten der Glocke dadurch vollends gedeckt wären. Gaben nimmt auch das Stadtpfarramt und die Kirchenpflege entgegen.

Freigabe des Viehverkehrs? Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Regierung zu ersuchen, den Viehverkehr mit Rücksicht auf die veränderte Marktlage über die württ. Grenze mit sofortiger Wirkung freizugeben. Die Viehzentrale würde in diesem Falle aufgehoben.

— **Anmeldung von Gegenständen aus Feindbesitz.** Wer Gegenstände irgendwelcher Art im Besitz hat, die aus Feinden usw. in den während des Krieges besetzten Gebieten in Frankreich, Belgien, Polen, Rumänien, Serbien und Italien stammen, soll dies nach amtlicher Bekanntmachung bei der Rücklieferungskommission in Berlin, W. 9, Potsdamerstraße 10/11, anmelden. Vordrucke sind bei den Stadtgemeinden und Bezirksbehörden zu beziehen.

— **Pfarrbesetzung.** Ein Erlaß des Ho. Konsistoriums in Württemberg vom 5. April regelt auf Grund des neuen Pfarrbesetzungsgesetzes das Verfahren im Einzelnen. Die mündliche Verhandlung eines Bezirkes der Oberkirchenbehörde mit dem Kirchengemeinderat, die dem Ausschreiben der Stelle voranzugehen hat, soll in der Regel durch den Prälaten des Sprengels geschehen; bei dessen Verhinderung kann der Dekan der Diözese damit beauftragt werden. Außer dem Protokoll über diese Verhandlung ist der Oberkirchenbehörde eine Aufzählung des Dekanats über die Besetzung vorzulegen; diesen ist deswegen vom Vorsitzenden des Kirchengemeinderats ebenfalls ein Protokollauszug über die Besprechung mit dem Vertreter der Oberkirchenbehörde einzufügen. Einwendungen gegen den aus der Zahl der Bewerber von der Oberkirchenbehörde Benannten können binnen drei Wochen nach Eingang des Benennungsbeschlusses vom Kirchengemeinderat beim Dekanatum geltend gemacht werden. Der Verzicht auf Einwendungen ist alsbald dem Dekanatum anzugeben.

— **Fahrtverweigerung beim Stellenantritt.** Der Reichswirtschaftsrat hat einstimmig beschlossen, die Eisenbahntariffbestimmungen dahin zu ändern, daß erwerbslosen Arbeitnehmern (Arbeitern und Angestellten) beim Antritt einer auswärtigen Arbeitsstelle eine Fahrtverweigerung eingeräumt wird.

* **Freudenstadt, 15. April.** (Autolinie Freudenstadt-Raumünzach.) Bekanntlich hat die Stadtgemeinde zu der Autolinie Freudenstadt-Raumünzach einen Vertrag von 15 0 Mark zugesichert. Autobusfahrer Bregler machte dem Gemeinderat nun folgenden Vorschlag: Die Stadtgemeinde erdöt den Vertrag auf 3000 Mark, wenn in den Sommermonaten ein schönes Auto von Freudenstadt nach Raumünzach verkehrt, Abfahrt in Freudenstadt 6 20 Uhr, Ankunft in Raumünzach 8 Uhr, abends Rückfahrt. Es wäre also möglich, etwa um 9 Uhr vormittags in Karlsruhe zu sein, Geschäfte dort erledigen zu können u. abends wieder zu hiesigen zu können, was mit der Eisenbahn in einem Tag kaum möglich ist. Die einfache Autofahrt von Freudenstadt nach Raumünzach läme auf 14,30 Mark. Der Betrag von 3000 Mark wurde vom Gemeinderat genehmigt.

Freudenstadt, 14. April. (Trauerfeier.) Die b. politischen Parteien veranstalteten am Samstag, den 16. April, abends 8 Uhr, im Saal des Sieglehauses eine gemeinsame Trauerfeier anlässlich des Todes der Kaiserin. (Südd. Zig.)

Stuttgart, 14. April. (Württ. Städtetag und Polizeisperrgesetz.) Der Vorstand des Württ. Städtetags hat gegen den Entwurf eines Polizeisperrgesetzes Stellung genommen. Er vermahnt sich gegen die Unterstellung, als ob bei den Städten, deren Polizeiwesen verstaatlicht werden soll, die Gefahr bestehe, daß ihre polizeilichen Einrichtungen zum Nachteil des Staats vernachlässigt lässe. Der Städtetag verlangt, daß auf die Weiterbehandlung des Entwurfs im Landtag verzichtet werde.



Ämliche Bekanntmachungen.

Abgabe des Monats- und Einmachzucker.
Für die Zeit vom 16./4. bis 15./5. kommen sofort zur Ausgabe 650 Gramm Monatszucker sowie 500 Gramm Einmachzucker, sodas auf eine Zuckerkarte 1150 Gramm Zucker entfallen. — Der Preis beträgt Mt. 3.90 pro Pfund.
Der Einmachzucker, welcher für die Einmachzeit bestimmt ist, sollte von der Bevölkerung bis dahin zurückgelegt werden.
Ragold, den 14. April 1921. Oberamt: Müng.

Altensteig-Stadt.

Abgabe von Brot-, Butter- und Zuckerkarten

am Samstag, den 16. d. Mt.

A—G von 8—10 Uhr vormittags
H—O „ 10—12 „ „
P—Z „ 1—3 „ nachmittags

Die Reihenfolge ist pünktlich einzuhalten.
Die Karten müssen sofort nachgezählt werden, da keine Nachlieferung stattfindet.
Während der Kartenabgabe können An- u. Abmeldungen nicht berücksichtigt werden.
Den 14. April 1921.

Stadtschulth.-Amt.

Altensteig.

**Prima Hafer-Melasse
prima Kleien-Melasse
Brockmann's Futterkalk**

in Paketen
empfiehlt zu billigen Tagespreisen

Fritz Bühler jr.

==== Achtung! ====

Zur gefälligen Beachtung!
Der werthen Einwohnerschaft von Ebhausen und Umgebung die ergebene Mitteilung, das ich Sonntag, 17. und Montag, 18. April meine

Original-Sicherheits-Schiffhaken
in Ebhausen zur gest. Benutzung aufgestellt habe.
Der Besitzer.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.
empfiehlt äußerst billig



**Eisenvitriol
und
Glaubersalz.**

Alle

**Schulbücher
u. Schulartikel**

kauft man solid und preiswert in der

W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

**3 tüchtige Knechte
zum Stammholzfahren**

sucht bei freier Unterkunft und Verdigung zum Wochenlohn von Mt. 250.— bei dauernder Stellung. Es sind bei mir schon Schwarzwälder tätig.

C. Pfleger, Sägewerk, Sulzbach/Saar.

Altensteig-Stadt.

Der

Monatszucker

für April Mt
einschl. Einmachzucker
kann am Montag, den
18. April d. J.
bei Bühler, Zug u. Fläcker
abgeholt werden.
Auf die Karte entfallen
1150 Gramm zu 3,90 Mt.
pro Pfund.
Den 14. April 1921.
Stadtschulth.-Amt.

Altensteig.



**Feld- und Reut-
Hauen**

mit und ohne Stiel
empfiehlt

Rari Henßler sen.
Eisenwarenhandlung.

Empfehle:

Prima blau-weiß gestreiften

Röper

(Regatta) das Beste und
Schönste zu Knaben-Anzügen
und Knaben-Blusen.

Hans Schmidt.

**Sicherheits-
Sprengstoffe**

Pikrin
(gelb) und

Ammoncahücyt
(schwarz), sowie

**Zündschnüre u.
Sprengkapseln**

sind billig zu haben bei
Lorenz Luz jr.
Altensteig, Tel. 46.

Verloren

ging von Hochdorf nach Al-
tensteig ein Hebeisen, 1 m
lang, mit Zeichen C. K. ab-
zugeben gegen Belohnung.
**Steinhauer Riegale
Epielberg.**

Gefunden

wurde auf der Straße durch
Zunweiler ein Geldbeutel
mit Inhalt. Abzuholen bei
**H. Waidelich
Zunweiler.**

Diesjenige Person, welche
gestern

**das blaue Kleid
aufgehoben**

hat, wird gebeten, dasselbe
abzugeben bei
H. Theurer, obere Stadt.

Richthalden.

2 Paar schöne, 5 Wochen
alte

**Milch-
schweine**



hat zu verkaufen

Bruder z. gr. Baum.

Altensteig.

Aus neuen Sendungen
habe ich anzubieten:

ff. Tafelreis

Mt. 3.50 das Pfd.

Bruchreis Mt. 2.50

Gerstenkaffee

frisch gebrannt Mt. 3.70

roben Santos-Kaffee

Mt. 20.—

Kaffee frisch gebrannt

Mt. 22.— u. Mt. 24.—

**Breite- und
Suppennebeln**

ff. weiße Inlandwaare

Mt. 7.75

Ausländische

Maccaroni

Mt. 9.75

Linzen

mittelgroße reine Ware

Mt. 4.—

Perlsago

Mt. 4.50

Sichorie

von Grand und Seelig

Reisstärke

Flammer's Seife

und Seifenpulver

usw.

bei billigen Preisen

Lorenz Luz jr.

Telefon 46.

**Mädchen-
Gesuch.**

Suche auf 1. oder 15. Mt
16—18jähriges Mädchen
für Küche und Haushalt bei
hohem Lohn.

**Frau Pauline Sauer
Herrenberg.**

**Ia. Dachsen-
maul-Salat**

offen ausgewogen

ist frisch eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Oberrimbach.

Ein zuverlässiger tüchtiger

**Pferde-
knecht**

findet dauernde gutbezahlte
Stelle bei

Georg Frey.

Ebenso verkauft einen schön-
nen, 18 Monate alten

Zuchtfarren

Der Obige.

Zur Beachtung!

Wer sich die neuen Postgebühren sparen will,
schlebe sich an den

Sparkassen-Giroverkehr

an. Die Bezahlung einer noch so kleinen Rechnung
durch die Post kostet heute:

1. durch Postanweisung . . . 50 Pfg. bis 4 Mk.
2. Postscheckzahlkarte . . . 25 . . . 2 . . .
3. Postscheckauszahlung mindestens 30 Pfg.,
dazu die Steigerung von 10 Pfg. für je 1000 Mk.,
sowie die Formularekosten.

während die Girokassen der öffentlichen Sparkassen
sämtliche Zahlungen in jeder Höhe und an Jedermann
in ganz Deutschland kostenfrei ausführen, einerlei,
ob der Zahlungsempfänger irgend eine Giroverbindung
(Sparkassen-, Bank- oder Postscheckkonto) hat oder
nicht. Anträge auf Eröffnung eines verzinslichen
Girokontos werden entgegengekommen auch alle ge-
wünschten Aufschlüsse bereitwilligst erteilt von

Städt. Sparkasse Altensteig
Ortsgirokasse des Württ. Giroverbands.

**Vorzügliche
Tinten**
in kleinen und grossen
Packungen
empfiehlt die
**W. Rieker'sche Buch-
u. Schreibwarenhdlg.**
L. Lauk, Altensteig.

J. Wurster, Altensteig

empfiehlt

Thomasmehl

Ammon-Superphosphat

Kali- „ „

Kalkstickstoff

**Kainit, mittlere u. feinste Mahlung
Ammon-Sulphat-Salpeter.**

NB. Ich bitte um baldmögliche Rückgabe aller zu Kost
u. f. w. teilweise abgegebenen Säcke zwecks Einsendung.

Der Obige.

Altensteig.

Gute, selbstgemachte

Gießflannen

empfiehlt billigst

Heinrich Müller

Flaschenmeister, b. 3 König.

Sektordene:

Bad Liebenzell: Sibille Jol-
lasse (Virsch).

Freudenstadt: Rosine Faust,
geb. Grieshaber, Gattin des
Gg. Faust, Uhrmachers.

Boiersbronn Raubfelsen:
Marie Kaiser geb. Weilhay
(g. Raubfelsen).

Der Obige.

Altensteig.

Heu

sucht zu kaufen auch in klei-
neren Posten.

H. Hehr.

„Wanzil“

gegen Wanzen.

Nichts anderes nehmen!

Apothete Altensteig.

Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte
u. Private liefert schnell
und preiswert die

W. Rieker'sche Buchd.

